

Lamya Kaddor fordert umfassende Maßnahmen gegen Radikalisierung und Gewalt

Lamya Kaddor fordert mehr Mittel und Personal für innere Sicherheit und effektive Islamismusbekämpfung nach dem Anschlag in Solingen.

Duisburg/Bonn (ots)

Die jüngsten Ereignisse in Solingen haben die Debatte um die innere Sicherheit in Deutschland neu entflammt. Lamya Kaddor, die Sprecherin für Inneres und Heimat der Partei Bündnis 90/Die Grünen, äußerte sich mit klaren Forderungen. In einem Interview prüfte sie die bestehenden Gesetze und betonte, dass Personen mit ausländischer Herkunft, die schwere Straftaten in Deutschland begehen, ihr Schutzrecht verwirkt hätten.

In diesem Kontext betonte Kaddor die Notwendigkeit, das Abschiebungsverfahren von Straftätern zu beschleunigen. Dennoch gab sie zu bedenken, dass nicht in jedem Fall eine Abschiebung möglich sei, insbesondere wenn die Herkunftsländer der Betroffenen nicht als sicher gelten. „Das geht aber nicht in jedem Fall, weil nicht überall ein sogenanntes sicheres Herkunftsland herrscht“, erklärte die erfahrene Islamwissenschaftlerin.

Radikalisierung im digitalen Raum

Ein weiterer zentraler Punkt in Kaddors Argumentation war die besorgniserregende Entwicklung von Radikalisierungsprozessen. Sie stellte fest, dass sich die Plätze der Radikalisierung in den

letzten Jahren verändert haben. „Habe man sich vor zehn Jahren noch physisch getroffen, habe sich dies in digitale Formate verschoben“, sagte Kaddor. Um diesem Wandel gerecht zu werden, sei es wichtig, soziale Arbeit an diese neuen Realitäten anzupassen.

Kaddor fordert, dass notwendige Maßnahmen ergriffen werden, um die digitale Welt sicherer zu gestalten. Dazu zähle auch eine stärkere Regulierung der Plattformen, über die Radikalisierungen oft initiiert oder koordiniert werden. „Es kann nicht sein, dass man solche Verbrechen über Telegram oder über andere Kanäle planen und zwar minutiös planen kann“, erklärte sie. Hier sieht sie ein großes Verteidigungsloch und wünscht sich eine intensivere Kooperation zwischen den Behörden und den Plattformbetreibern.

Bei der Bekämpfung von „Turboradikalisierungen“ müsse die Prävention im Vordergrund stehen. Die rasche Radikalisierung junger Menschen in sehr kurzer Zeit erfordere ein Umdenken in der pädagogischen und sozialen Arbeit. Kaddor sieht großes Potenzial darin, soziale Arbeit vermehrt ins Internet zu verlagern, um auf diese Entwicklungen zu reagieren.

Forderungen an die Regierung

Die deutlichen Forderungen der Grünen-Politikerin gehen über die bloße Regulierung der sozialen Netzwerke hinaus. Sie betont die Notwendigkeit von mehr Kapazitäten und Personal in den Sicherheitsbehörden. Ihre Botschaft ist klar: „Wir brauchen mehr Geld für die innere Sicherheit und die Bekämpfung des Islamismus.“ Damit unterstreicht sie die Dringlichkeit, die Ressourcen der zuständigen Behörden zu stärken.

Denn die aktuelle Lage erfordere einen ganzheitlichen Ansatz und nicht nur reaktive Maßnahmen. Kaddors Appell zielt darauf ab, die Sicherheitslage in Deutschland nachhaltig zu verbessern und gleichzeitig den Herausforderungen einer zunehmend digitalen Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Kaddor hat mit ihrer kritischen Analyse die Diskussion um innere Sicherheit und Radikalisierung auf eine neue Ebene gehoben. Ihre ausdrücklichen Forderungen an die Regierung und die Sicherheitsbehörden betonen die Notwendigkeit für einen proaktiven Ansatz im Umgang mit Bedrohungen durch extremistische Gruppen. Die politischen Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, könnten entscheidend für die zukünftige Stabilität in Deutschland sein.

Hintergrund über die innere Sicherheit in Deutschland

Die Diskussion über die innere Sicherheit in Deutschland hat in den letzten Jahren an Dringlichkeit gewonnen, insbesondere in Verbindung mit Themen wie Extremismus und Kriminalität. Politische und gesellschaftliche Strömungen fordern nicht nur mehr Sicherheitsmaßnahmen, sondern auch strategische Ansätze zur Prävention von Radikalisierung. Die Herausforderungen sind vielschichtig und reichen von der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bis hin zur Bekämpfung extremistischer Ideologien.

Die Zunahme digitaler Plattformen hat die Dynamik von Radikalisierung und Gewaltverherrlichung stark verändert. Während physische Treffen früher die Norm waren, hat sich die Interaktion ins Netz verlagert, was neue Strategien zur Prävention erforderlich macht. Dies erfordert auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, sozialen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft.

Aktuelle Statistiken zur Radikalisierung und Extremismus

Laut dem Verfassungsschutzbericht 2022 war die Zahl der extremistischen Straftaten in Deutschland besorgniserregend. Insbesondere das Phänomen des islamistischen Extremismus bleibt eine Herausforderung: Die Anzahl der Personen, die dem

islamistischen Spektrum zugerechnet werden, wurde auf über 40.000 geschätzt, darunter einige hundert potenziell gefährliche Personen, die im Fokus von Sicherheitsbehörden stehen.

Eine Umfrage des Bundesamtes für Statistik zeigt, dass rund 30 % der Bevölkerung der Meinung sind, dass die innere Sicherheit in den vergangenen fünf Jahren abgenommen hat. Dieses subjektive Sicherheitsgefühl könnte die Forderungen nach mehr Personal und finanziellen Mitteln in der Sicherheitsarchitektur untermauern. Zudem zeigen Studien, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus effektiver werden müssen, um mit der rasanten digitalen Entwicklung Schritt halten zu können.

Für detaillierte Informationen zu den Themen innere Sicherheit und Extremismus kann die Webseite des **Bundesamtes für Verfassungsschutz** besucht werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)